

Aufklärung versus «Wokeness»

geschrieben von Redaktion | 11. September 2023



Susan Neiman schreibt, «Woke» Menschen sähen sich als Kämpfer gegen Unterdrückung und Ungerechtigkeit. Diese achtenswerten Gefühle würden leider von philosophischen Thesen unterstützt, die vielen Woken nicht bewusst seien.

Laut Neiman kann man woke definieren? «Der Ausdruck Stay woke wurde erstmals 1938 von dem grossen schwarzen Bluesmusiker Leadbelly benutzt, um Menschen zu mahnen, wach gegen Rassismus zu bleiben. Inzwischen ist das Wort vom Weckruf zum Schimpfwort geworden – vorzugsweise von rechten Politikern, um jeden Kampf gegen Rassismus, Sexismus oder Homophobie zu diskreditieren. Nicht viele wollen sich heute dazu bekennen, woke zu sein. Das heisst keineswegs, dass das Phänomen eine Chimäre ist. Der Umstand, dass sich niemand selbst als Antisemit bezeichnet, bedeutet auch nicht, dass es keine Antisemiten gäbe.»

Susan Neiman, 68, stammt aus dem US-Bundesstaat Georgia und ist Direktorin am Einstein Forum in Potsdam. Sie lehrte als Professorin in Yale und an der Universität von Tel Aviv. Vor kurzem erschien ihr Buch »Links ist nicht woke« im Hanser Verlag.

Jeder, der heutzutage lesen könne, kennt laut Neiman viele Beispiele für wokeness. Sie erwähnt eines exemplarisch: «Vor zweieinhalb Jahren entdeckte die Welt die junge schwarze Lyrikerin Amanda Gorman, als sie bei der Amtseinführung von US-Präsident Joe Biden ein Gedicht vortrug. Umgehend wurden die Rechte daran in viele Länder verkauft. Gorman selbst schlug einen nicht-binären holländischen Schriftsteller als Übersetzer vor, dessen Texte sie mochte – der einzig vernünftige Grund, sich jemanden als Übersetzer auszusuchen.

Dann meldete sich auf Twitter eine schwarze niederländische Fashionbloggerin, die meinte, nur eine schwarze Frau könne Gormans Gedicht übersetzen. Der weisse Niederländer zog sich zurück, und auch andere Länder zogen Konsequenzen. Die spanische Übersetzung war schon fertig und der männliche Übersetzer für seine Arbeit bezahlt, dennoch wurde eine neue Übersetzerin beauftragt, die den neuen Kriterien entsprach. Der deutsche Verlag fand eine sehr deutsche Lösung und beschäftigte gleich eine Kommission aus drei Übersetzerinnen, um dem Text gerecht zu werden. Solche Beispiele finden sich zuhauf, und die meisten werden ausgiebig in den Medien kommentiert.»

Der Begriff woke ist inkohärent

Das Gedankengut, das hinter solchen Vorfällen steckt, werde dagegen selten reflektiert, meint Neiman. Die Schwierigkeiten, woke zu definieren, lägen tiefer als die Abneigung einzelner, woke genannt zu werden. Der Begriff sei inkohärent. Wokeness werde von Emotionen angetrieben, die linksliberale Menschen seit jeher bewegten: «von dem Wunsch, auf der Seite der Unterdrückten zu stehen, von der Hoffnung, die Verbrechen der Geschichte wiedergutzumachen oder ihrer wenigstens angemessen zu gedenken. Diese achtenswerten Gefühle werden leider von philosophischen Thesen unterstützt, die vielen woken Menschen nicht bewusst sind», schreibt die Autorin.

Wo verortet man laut Neiman eine Weltanschauung, die tiefe Verbindungen und echte Verpflichtungen nur zwischen Menschen, die dem gleichen Stamm angehören, für möglich hält? «Eine Bewegung, die Gerechtigkeitsansprüche immer nur als verschleierte Machtansprüche anzusehen bereit ist? Eine Bewegung, die alle früheren Versuche, gesellschaftlichen Fortschritt zu erzielen, als gescheitert betrachtet oder als Verschlimmbesserungen verwirft? Solche Haltungen gehören traditionell zum rechten Spektrum; Carl Schmitt lässt grüssen. Heute werden sie von so unterschiedlichen Denkern wie Judith Butler, Saidiya Hartmann, Walter Dignolo, Ibram X. Kendi, Robin DiAngelo, Gayatri Spivak oder Frank Wilderson vertreten. Die Unterschiede zwischen diesen Denkern kann man lange in Seminaren analysieren.»

Was sie philosophisch vereint, ist gemäss Neiman die Ablehnung von allem, was auf die Aufklärung des 18. Jahrhunderts zurückgeht. Sämtliche Probleme der Moderne würden der Aufklärung zur Last gelegt, meist ohne Kenntnis ihrer grundlegenden Texte. Und damit würden auch die theoretischen Grundprinzipien, die zum Kern linksliberalen Denkens gehören, über Bord geworfen. Wer Stammesdenken an die Stelle des Universalismus setze, Gerechtigkeitsansprüche immer nur auf Machtansprüche reduziere, und alle vergangenen Fortschritte als subtilere Formen von Herrschaft ansehe, könne schwerlich aktiv für linke Politik eintreten. «Womöglich noch schlimmer: Viele der Woken wie viele der postkolonialen Denker – die Kategorien überlappen sich – setzen die Vernunft mit Gewalt gleich. Sie betrachten sie als ein Instrument der Herrschaft, mit dem weisse europäische Männer den Rest der Welt unterdrückten. Wo aber Vernunft als Gewalt verworfen wird, bleibt nur noch die Feier der Subjektivität. Heute heisst das Positionalität. Demnach ist die Sprecherposition das, was am meisten zählt; was gesprochen wird, ist sekundär. Wenn die Vernunft nichts als ein Herrschaftsinstrument ist, wer soll sich noch die Mühe geben, Argumente zu formulieren oder zu verstehen?», fragt Neiman.

Durch Dauerwiederholung in verschiedenen Medien habe sich diese Haltung bei vielen verfestigt – auch bei Menschen, die nie ein Wort Theorie gelesen haben. «Was diejenigen, die sie wiederholen, nicht wissen: Die besten Ideen der Woken kommen direkt aus jener Denkrichtung, die sie am meisten verachten, so Neiman. Wenn postkoloniale Theoretiker mit Recht darauf bestehen, dass wir die Welt nicht nur mit europäischen Augen betrachten sollen, sind sie Teil einer Tradition, die bis auf den französischen Philosophen Montesquieu zurückgeht. Die Aufklärer benutzten fiktive Figuren, ob Perser, Tahitianer, Chinesen oder indigene Amerikaner, als Sprachrohre für ihre Kritik an den europäischen Verhältnissen, weil sie sie in ihrem eigenen Namen nicht ohne Gefahr hätten veröffentlichen können. Damals drohten nicht nur Twitter-Stürme. 1723 wäre der Philosoph Christian

Wolff hingerichtet worden, wenn er seinen Lehrstuhl und ganz Preussen nicht binnen 48 Stunden verlassen hätte. Sein Verbrechen? Nach der Lektüre der chinesischen Denker Konfuzius und Menzius behauptete Wolff öffentlich, dass die Chinesen, obwohl keine Christen, ein moralisch hochstehendes Volk seien.»

Die These, dass die Ideen der Aufklärung ausschliesslich europäisch seien, werde auch von einer Reihe von zeitgenössischen Denkern bestritten, die weder aus Europa noch Nordamerika stammten, erwähnt Neiman. Der ghanaische Philosoph Ato Sekyi-Otu setze sich etwa mit Judith Butler auseinander. Butler schrieb: «Mit welcher Art von kultureller Zumutung haben wir es bei der These zu tun, in jeder Kultur lasse sich ein Kantianer finden?» Dagegen meint Sekyi-Otu, es sei beleidigend anzunehmen, dass es unbedingt Europäer brauche, um Begriffe wie Universalismus oder Gerechtigkeit zu importieren. «Sie sind in meiner Muttersprache Akhan reichlich vorhanden», schreibt er in *Left Universalism*. Und in seinem Buch *Against Decolonization* argumentiert der nigerianische Philosoph Olufemi Taiwo, der Kolonialismus sei nicht die Frucht der modernen Werte des Westens. Das Problem sei vielmehr, dass die Europäer ihre eigenen Ideen von Freiheit und Selbstbestimmung mit Füßen getreten hätten, sobald sie fremde Küsten erreichten. Obwohl sie weniger in europäischen Medien präsent sind als diejenigen, die postkolonialistische Theorien vertreten, gebe es auch in Indien und Brasilien wichtige Denker, die sich strikt weigerten, Begriffe wie Universalismus und Gerechtigkeit als fremde Importe anzusehen, sagt Neimann.

Die Unterstellung, dass die Ideen der Aufklärung bloss eurozentrische Machtspiele verschleiern, habe viele vergessen lassen, wie zentral sie weiterhin für jede linke Politik seien, meint Neiman. «Wer eine fulminante Schmährede gegen Fanatismus, feudale Hierarchien, Sklaverei und koloniale Ausplünderung finden will, muss nur Voltaires *Candide* lesen. Rousseau, Diderot, Kant und viele weniger bekannte Denker stimmten darin überein. Es gibt aber noch einen Grund, der uns vergessen lässt, wie radikal die Aufklärer waren: Aufklärungskritiker verwechseln die Realitäten des 18. Jahrhunderts mit den Positionen der Aufklärer, die gegen diese Realitäten kämpften, oft mit erheblichen Risiken für die eigene Person, erläutert die Autorin. Linke public intellectuals sind bekanntlich nicht immer die Sieger der Geschichte. Wie ihre Geistesverwandten aus anderen Zeiten sind auch die Aufklärer oft gescheitert: Trotz ihres feurigen Einsatzes haben Sklaverei und Kolonialismus ihre vehementen Kritiker lange überlebt. Dennoch lieferten ihre Ideen die Grundlagen für Widerstand gegen solche Verhältnisse – wie Revolutionäre von Toussaint L'Ouverture bis Frantz Fanon wussten.»

Drei Grundprinzipien, die der Aufklärung entstammen, sind heute für linksliberale Politik nötiger denn je, meint Neiman:

«An erster Stelle steht der Universalismus. Kulturelle Vielfalt ist sowohl eine Tatsache als auch ein Segen, doch wenn es um politische Fragen geht, sollten wir uns auf das konzentrieren, was alle Menschen verbindet.» Das Gegenteil von Universalismus werde heute Identitätspolitik genannt, als ob alles, was unsere Identität ausmache, auf zwei Kategorien reduziert werden könnte. Wie der ghanaisch-amerikanische Philosoph Kwame Anthony Appiah schreibt: «Bis zur Mitte des 20. Jahrhunderts hätte niemand, der nach der Identität eines Menschen fragte, die Kategorien Rasse, Gender, Nationalität, Region oder Religion erwähnt.» Doch heute werden zwei Aspekte unserer Identität hervorgehoben als das, was uns angeblich wesentlich determiniert.

Opfersein verleiht Autorität

Es sei auch kein Zufall, dass Ethnie und Geschlecht die essenzenialisierenden Kategorien sind. Denn das seien die Eigenschaften, die wir uns nicht selbst aussuchten und die deshalb die meisten Traumata erzeugen könnten. Dabei nähmen die Woken Teil an einer Verschiebung, die Mitte des letzten Jahrhunderts begonnen habe: «Nicht mehr der Held, sondern das Opfer soll nun das Subjekt der

Geschichte sein. Einst sprach diese Veränderung des Blickwinkels für moralischen Fortschritt. Die Geschichten der Opfer sollten nicht länger ausgeblendet werden, auch deren Stimmen sollten Gehör finden. Was am Anfang dieses Prozesses unbemerkt blieb: Anerkennung wird hier nicht mehr damit verbunden, was man in der Welt getan hat, sondern eher, was einem angetan wurde. Der Begriff der Intersektionalität hätte betonen können, wie viele Identitäten wir tatsächlich haben. Doch ist die Intersektionalität selbst eindimensional; in der Definition von Natascha Kelly bedeutet sie einfach 'mehrfache Diskriminierung', erläutert Neiman.

Der grosse Schriftsteller und Auschwitz-Überlebende Jean Améry wollte den Opfern des «Dritten Reichs» nicht einmal ein Denkmal errichten, denn, so schrieb er, «Opfer sein allein ist keine Ehre.» Neulich schrieb der amerikanische Philosoph Olufemi O. Taiwo in seinem Buch «Elite Capture»: «Leid ist partiell, kurzsichtig und Ich-bezogen. Wir sollten keine Politik betreiben, die etwas anderes annimmt. Unterdrückung ist keine Vorschule.» Doch die Überzeugung, dass Opfersein Autorität verleiht, ist inzwischen tief verankert. «Auch Deutschlands gegenwärtige Antisemitismuspolitik gründet darauf. Weil Juden Opfer der Deutschen waren, bleiben sie nun ewig im deutschen Bewusstsein als Opfer identifiziert. So finden Institutionen, die nur an jüdisches Leid erinnern, weitaus mehr Gehör als jüdische Universalisten, die darauf beharren, dass Menschenrechte für alle gelten, selbst wenn sie Palästinenser sind», so Neiman.

Rechte Denker dagegen stimmten mit Carl Schmitt überein: «Wer Menschheit sagt, lügt.» Sicherlich müssten wir wach bleiben für die Instrumentalisierung von Universalismus, wie sie derzeit in Frankreich geschieht. Als politische Kategorie sei der Begriff erst dort formuliert worden und werde bis heute hochgehalten – «leider auch von rechten Politikern, die jeden Versuch, gegen Rassismus zu kämpfen, als woke verwerfen. Man sollte es mit der französischen Autorin und Aktivistin Rokhaya Diallo halten: Sie betont, dass sie nicht den Begriff Universalismus ablehnt, sondern nur dessen Missbrauch. Was sie und andere Aktivisten fordern, ist die wahre Umsetzung von Universalismus, nicht dessen Abschaffung», erläutert Neiman.

Das zweite Grundprinzip linksliberalen Denkens sei die Forderung, Gerechtigkeitsansprüche und Machtansprüche zu unterscheiden. In der Praxis könne das schwer sein. «Kriegsherren behaupten seit jeher, einen gerechten Krieg zu führen; Wladimir Putin und George W. Bush sind nur die jüngsten Beispiele. Doch die prinzipielle Unterscheidung zwischen Gerechtigkeit und Macht ist die Grundlage des linksliberalen Denkens, so schwer es im Einzelnen auch sein mag, sie auseinanderzuhalten. Die Menschenrechte wollen der nackten Macht Fesseln anlegen. Vergessen wir nicht die historischen Umstände, unter denen diese Rechte gefordert wurden: Wenn ein Bauer das Wild des Fürsten erlegte, konnte er dafür gehängt werden. Wenn ein Fürst des Bauern Tochter nahm, so war es bloss der Lauf der Welt. Ohne die Anstrengung, Recht von Macht zu trennen, gibt es gar keine Rechtsprinzipien», schreibt Neiman.

Fortschritt ist möglich, nicht unvermeidlich

Die dritte Grundidee, die Linke und Liberale verbindet, sei die Überzeugung, dass Menschen durch Zusammenarbeit erhebliche Fortschritte machen könnten. Das werde oft karikiert als die Überzeugung, dass Fortschritt unvermeidlich sei – eine Idee, die selbst die letzten Hegelianer nach Auschwitz und Hiroshima hätten aufgeben müssen. Die Aufklärer dagegen glaubten lediglich, dass Fortschritt möglich sei, im Gegensatz zu rechten Denkern, die auf die Erbsünde verweisen, um argumentieren zu können, dass die Menschheit zwar technischen, doch niemals moralischen Fortschritt erreichen wird.

Natürlich setzten sich woke Aktivisten für den Fortschritt ein. «Sie wären bloss glaubhafter, wenn sie anerkennen würden, dass der eine oder andere Fortschritt bereits in der Vergangenheit erreicht wurde. Beständig vorzuführen, dass auf jeden früheren Schritt vorwärts zwei Volten rückwärts erfolgt

seien, kann die klare Sicht auf das Ziel vernebeln.» Wenn westliche Feministinnen behaupteten, wir lebten noch immer im Patriarchat, oder woke Amerikaner sagen würden, dass Rassismus zur DNA der Vereinigten Staaten gehöre, wollten sie auf noch nicht erreichten Fortschritt hinweisen. Dass es auch in westlichen Gesellschaften weiterhin Rassismus, Sexismus und Homophobie gibt, stehe ausser Frage. «Aber wenn wir nicht anerkennen, dass etappenweise Fortschritte gemacht wurden, werden wir schwerlich den Willen und den Mut haben, für weitere Verbesserungen zu kämpfen», schreibt Neiman.

Diejenigen, die zum Phänomen Wokeness beitragen, wollten Solidarität, Gerechtigkeit und Fortschritt erreichen. Genau diese Ideen befeuerten ihre Kämpfe gegen Diskriminierung. Unter den Tisch falle dabei, dass die Theorien, auf deren Grundlage sie handeln, ihre eigenen Ziele untergraben würden. Ohne Universalismus gebe es kein Argument gegen Rassismus, sondern bloss einen Haufen einzelner Stämme, die um die Macht rangeln. Dann hätten wir keine Möglichkeit mehr, an einer Idee von Gerechtigkeit festzuhalten. Doch ohne Engagement für mehr Gerechtigkeit seien wir nicht imstande, nach Fortschritt zu streben, führt Neiman aus.

Michel Foucault, der meistzitierte Denker der postkolonialen Theorie, werde oft als Linksradikaler wahrgenommen, dabei er lehne er jede der erwähnten Grundideen der Linken ab. Er habe zwar recht damit, das Humanum eine Erfindung des 18. Jahrhunderts zu nennen. Doch sehe er diese Erfindung nicht als Leistung an. Unsere Aufgabe, meinte Foucault, sei eher, uns vom Humanismus zu emanzipieren und den Tod des Humanum zu akzeptieren. Einen grundsätzlichen Unterschied zwischen Gerechtigkeit und Macht habe er immer abgestritten. Und in seinen Analysen von modernen Institutionen habe er oft gezeigt, wie vermeintlicher Fortschritt auf perfide Weise zu subtileren Formen der Herrschaft führe.

Manche Interpreten behaupteten, Foucaults Ziele wären emanzipatorisch. «Doch nirgendwo gibt er ein Hinweis darauf, was seine Kritiken ausser weiterer Kritik bewirken sollen.» Das liege zum grossen Teil in seiner Ablehnung des Normativen. Sein Aufsatz «Was ist Aufklärung?» nenne das Bestreben, normative Urteile zu fällen, «die Erpressung der Aufklärung».

Amerikanische Philosophen wie Richard Rorty, Michael Walzer oder Martha Nussbaum hätten längst ähnliche Vorwürfe gegen Foucault erhoben, schon bevor das Wort woke im Umlauf gewesen sei. Selbst Edward Said, ursprünglich ein Anhänger, meinte später, dass Foucault bestenfalls eine quietistische Politik unterstützt. Solche Kritiken, wenn auch in Deutschland noch nicht bekannt, seien nicht einfach abzuweisen, schreibt Neiman.

Ihr Ziel sei es nicht zu definieren, was woke ist, sondern was es bedeute, heute links zu sein. Mit den drei Grundprinzipien habe sie philosophische Ideen festzumachen versucht, die linke und liberale Positionen vereinten. Eine vierte Idee unterscheidet links von liberal: «Für Linke sind nicht nur politische, sondern ebenso sehr soziale Rechte entscheidend. «Soziale Sicherheit», wie Liberale sie verstehen, ist keine Frage der Gerechtigkeit, sondern der Wohltätigkeit», fasst Neiman zusammen.

Ihre eigene politische Haltung war in diesem Sinn stets eher links als liberal. «Aber wir leben in Zeiten, in denen der Zusammenschluss von allen, die politische Rechte verteidigen wollen, so notwendig wie dringend ist, um protofaschistischen Kräften entgegenzutreten. Steve Bannon, Viktor Orbán, Benjamin Netanyahu, Narendra Modi und andere Antidemokraten verstehen es, sich zu vernetzen. Die Zeiten der Symbolpolitik müssen endlich vorbei sein, fordert die Autorin abschliessend.